

- Zunehmende kommunistische Tendenzen -

Das indische Volk hat die diesjährigen Parlamentswahlen nicht dazu genutzt, kommunistischen Parteien und solchen, die deren Ideen opportunistisch gegenüberstehen, eine deutliche Abfuhr zu erteilen. Eigentliche Wahlgewinnerin ist die hindu-nationalistische 'Bharata Janata Party', der gute Kontakte zu faschistischen Organisationen wie der RSS oder der VHP nachgesagt werden, deren Ziel es ist, Indien zu einem Staat für Hindus zu machen.

Die indische Gesellschaft hat während der letzten Jahre eine zunehmende Polarisierung erfahren, die sich gerade in den letzten Wochen vor den Parlamentswahlen in brutalen kommunistischen Ausschreitungen, vor allem zwischen Hindus und Moslems, entladen hat. Die Wahlen, die blutigsten in der Geschichte Indiens, fanden in vielen Gebieten in einer vergifteten Atmosphäre statt, wobei der Ram Janmabhoomi-Babri Masjid Streit in Ayodhya im Bundesstaat Uttar Pradesh die Gemüter fast aller Inder bewegte. Der Streit um Ayodhya, dem Ort, der nach der Mythologie der Geburtssort von Gott Rama sein soll, garte schon seit langem: In der Kleinstadt hatte Moghul-Kaiser Babar 1528 einen Hindu-Tempel zerstören und auf den Trümmern eine Moschee bauen lassen. Nach langen Streitigkeiten, Gerichtsurteilen und der Inaktivität der Regierung machten sich kurz vor den Wahlen Hunderttausende von Hindus aus vielen Landesteilen auf, um neben der alten Moschee den Grundstein für einen neuen Rama-Tempel zu legen, und ihn mit von Priestern geweihten Ziegelsteinen, die aus allen Teilen des Landes herangekarrt wurden, dort aufzubauen, wo die Moschee steht. Nur einem mehrere zehntausend Mann starken Polizeiaufgebot war es zu verdanken, daß sich die allerschlimmsten Befürchtungen nicht bewahrheiteten. Aber zu schweren Auseinandersetzungen um die Tempel-Moschee-Frage kam es in vielen Landesteilen trotzdem.

Weltlich orientierte Menschen, und damit die überwältigende Mehrheit der indischen Bevölkerung, waren nicht nur über die Bedeutung besorgt, die dem Kommunalismus im Wahlkampf zugemessen wurde. Sie stellten sich zunehmend die Frage, wie diese Einflüsse verringert und kommunistische Kräfte an ihrer zunehmenden Einflußnahme gehindert werden könnten.

Ein erster Schritt zur Analyse dieser Problematik ist wohl, zwischen kommunistischen Kräften und den Parteien zu unterscheiden, die sich aus wahltaktischen oder opportunistischen Erwägungen die kommunistischen Ideen zu eigen gemacht haben. Eine derartige Differenzierung ist notwendig, da man diesen beiden Gruppen mit verschiedenen Argumenten begegnen muß. Kommunalismus an sich ist eine politische Ausrichtung, die sich an bestimmten Volks- und/oder Religionsgruppen orientiert. In diesem Sinne sind beispielsweise die 'Muslim League', die 'Akali'-Parteien und die 'Bharata Janata Partei' als kommunistische Parteien zu bezeichnen.

Auf der anderen Seite haben 'Congress-I'-Partei, 'Janata Dal', 'Telugu Desam', 'Assom Gana Parishad', die 'DMK' und die 'AIDMK' in den letzten Jahren eine opportunistische Haltung gegenüber kommunistischem Gedankengut eingenommen. Im strengen Sinn kommunistische Parteien versuchen ethnisch oder religiös motivierte Leidenschaft zu stimulieren, wohingegen sich die opportunistischen Parteien angesichts kommunistischer Angriffe zurückziehen oder eine unentschlossene Haltung einnehmen. Dieser Rückzug verändert sich jedoch angesichts drohender Wahlschläppen und kommunistischer Ausschreitungen. Sowohl unentschlossene Haltung als auch Rückzug waren besonders während der Unruhen zwischen 1981 und 1986 im Punjab zu beobachten. Nicht nur die Parteien, sondern auch der größte Teil der säkular ausgerichteten Intellektuellen traten ebenfalls den Rückzug in die Passivität an. Bei vielen

weltlich orientierten Persönlichkeiten ist zu beobachten, daß sie sich erst dann zu Wort melden, wenn es, wie im November 1984, im letzten Jahr in Meerut oder in diesem Jahr in Uttar Pradesh, Madhya Pradesh, in Rajasthan oder in Bihar, zu blutigen Ausschreitungen kommt. Beherrschen derartige Schreckensmeldungen aber nicht die Schlagzeilen, in Zeiten also, in denen die kommunistische Ideologie an der Basis verbreitet wird und sich verfestigt, ziehen sie sich zurück und bleiben passiv. Ein Beispiel hierfür sind die Auseinandersetzungen in Ayodhya, wo der Konflikt schon seit 1983 schwelte. Bis 1986 und zum Teil weit darüber hinaus, wurde ihm kaum Beachtung geschenkt.

Leider verschwinden die politischen Kräfte mehr und mehr, die den Kommunalismus gänzlich ablehnen. Die Degenerierung indischer Politiker zeigt sich nicht

mehr ausschließlich in ihrer Korruptheit und den wachsenden Verflechtungen zwischen Politik, Bürokratie und Kriminellen. Der Niedergang drückt sich auch in der Anbiederung politischer Kräfte an den Kommunalismus der Hindus, Moslems oder Sikhs aus.

Die derzeitigen Entwicklungen stehen in krassem Gegensatz zu der konsequenten Haltung eines Jawarharlal Nehru oder eines Mahatma Gandhi. Nehru vertrat die Ansicht, daß der Kommunalismus eine Form des Faschismus sei, und demzufolge mit derartigen Kräften kein Kompromiß geschlossen werden dürfe. Für ihn war Kommunalismus ein "Dolchstoß" für die indische Gesellschaft. Die indische Einheit könne nur durch einen säkular ausgerichteten Staat erhalten werden, am Kommunalismus würde Indien zerbrechen.

Unvermeidliche Begleiterscheinungen von Wahlen sind Heuchelei, Volkstümligkeit, leere Versprechungen und Verleumdungen. Obwohl bedauernswert, fügen sie der politischen Kultur gewöhnlich keinen dauerhaften Schaden zu. Werden Wahlen jedoch dazu mißbraucht, kommunistisches Gedankengut zu wecken und zu fördern, ist der Schaden dauerhaft. Die sogenannte Bofors-Affäre wird über kurz oder lang wieder in Vergessenheit geraten, doch der durch den Kommunalismus hervorgerufene Haß, der sich im gesamten Land entwickelt hat, wird die Wunden in der indischen Gesellschaft und Politik immer wieder aufreißen. Ideologien brauchen Zeit, um Wurzeln zu schlagen, doch wenn sie einmal einen Nährboden gefunden haben, kann man sie kaum wieder ausreißen.

Da der Kommunalismus in erster Linie eine Ideologie ist, die ihren Ausdruck in der Politik findet, sind Wahlen nicht der geeignete Zeitpunkt um gegen ihn anzugehen. Auf der anderen Seite können Wahlen vom Volk dazu genutzt werden, Stellung gegenüber kommunistischen Parteien zu beziehen. Da in Wahlen letztendlich über die politische Machtverteilung entschieden wird, können sie dazu dienen, kommunistische Parteien von der Macht fernzuhalten und sie politisch zu isolieren. Daneben können säkulare Parteien und Einzelpersonen den Wahlkampf und die Wahlen dazu nutzen, die Bevölkerung über den wahren Charakter kommunistischer Parteien und über die Konsequenzen des Kommunalismus aufzuklären.

Es wäre allerdings utopisch gewesen, den Kommunalismus in diesem Jahr wieder, wie bereits 1952 bei den ersten indischen Parlamentswahlen, zu einem der zentralen Wahlkampfthemen zu machen. Nehru zwang damals die Kongress-Partei dazu, weder direkt noch indirekt eine Allianz, Zusammenarbeit oder Vereinbarung mit irgendeiner kommunistischen Organisation einzugehen. Zudem lehnte er jegliche politischen Zugeständnisse an kommunistisches Gedankengut kategorisch ab, selbst vor dem Hintergrund eventueller Stimmeneinbußen während der Wahlen.

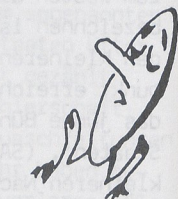
WHEN THEY CAME FOR THE SIKHS I DIDN'T SPEAK UP, FOR I WAS NOT A SIKH...



AND THEY CAME FOR THE MUSLIMS... I'M NOT A MUSLIM...



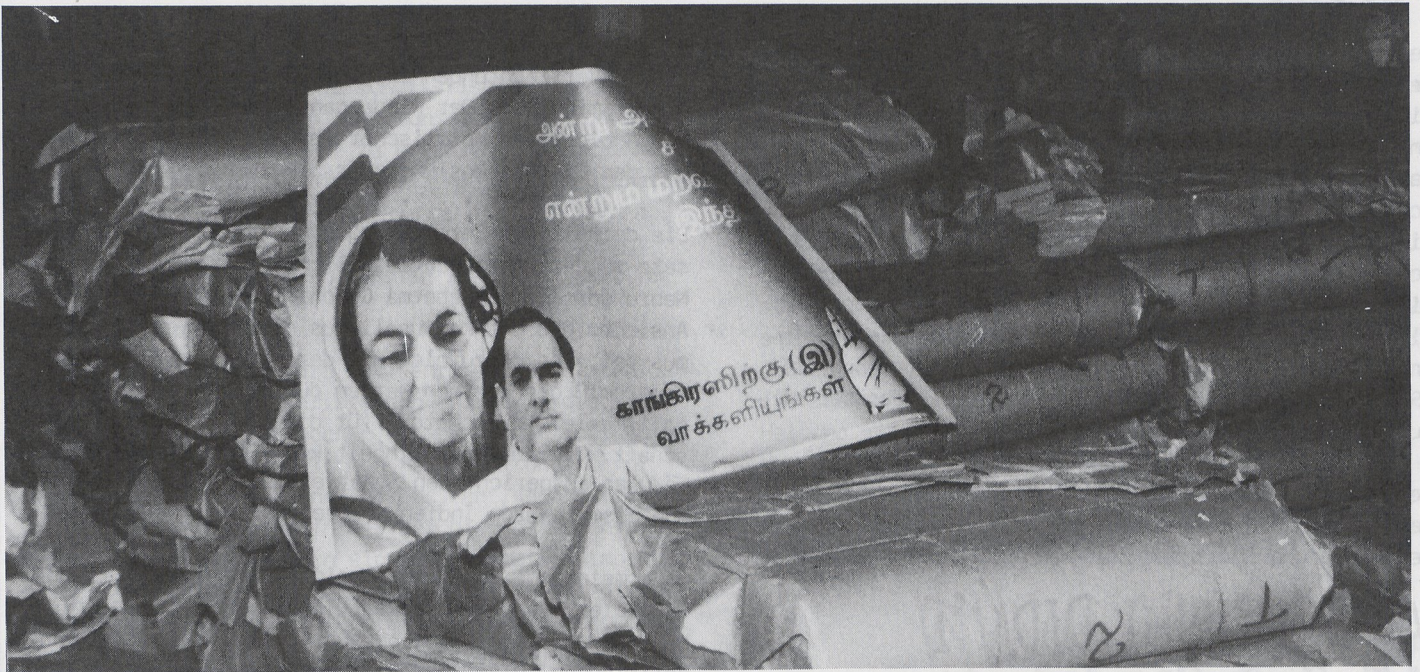
THEY CAME FOR THE TRIBALS, THE HARIJANS, THE COMMUNISTS, I'M NONE OF THESE...



I'M A SECUA



aus: Sunday, Calcutta, 29.10.-4.11.89



Auch die Mutter verhalf ihm nicht zum Wahlsieg. Foto: Walter Keller

Der Wähler war gewarnt: "Verliert der 'Congress' gibt es Chaos". Aber der Wähler hat sich trotzdem für das Chaos entschieden. Damit ist das ganze Ausmaß der Wahlschlappe Rajiv Gandhis angedeutet, mehr noch als die persönliche Demütigung des Mannes, der im Vorfeld der Wahlen mit Flugzeug und Hubschrauber das Land bereiste, um den Menschen klar zu machen, daß er der einzige sei, der die Nation vor ihrer Selbstauflösung schützen könne. Bei seinem Amtsantritt im Jahre 1984 konnte Rajiv Gandhi, nach der Ermordungen seiner Mutter von einer Sympathiewelle getragen, noch 77 % der Sitze im indischen Parlament, für seine Partei gewinnen. Als sein Ruhm vor etwa zwei Jahren zu verblassen begann, wären laut Meinungsumfragen immer noch 64 % der Inder bereit gewesen, ihm ihre Stimme zu geben. Nun hat der Popularitätsverlust des als 'Mr. Clean' an die Macht gekommenen Rajiv Gandhi mit weniger als 40 % der Wählerstimmen bei den diesjährigen Parlamentswahlen einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Alle wahltaktischen Überlegungen des jungen Regierungschefs schlugen fehl. Der Wähler entzog ihm sein Vertrauen. Seine vorschnellen Wahlversprechen führten wider Erwarten dazu, daß sich die Oppositionsparteien zu einer Allianz zusammenschlossen. Die völlige Inanspruchnahme der elektronischen Medien für seinen Wahlkampf - gab ihm die Möglichkeit, in nahezu jeden Winkel des riesigen Landes vorzudringen. Auf der anderen Seite stand der enorme Kostenaufwand, mit dem die 'Congress-I'-Partei ihren Wahlkampf betrieb - umgerechnet 50 Millionen DM wurden investiert - in scharfem Kontrast zu dem Mangel an wirklichen Inhalten. Indem Gandhi versuchte, die Hindus noch kurz vor den Wahlen im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Tempelbau in Ayodhya auf seine Seite zu ziehen, verlor er nicht nur die Unterstützung der indischen Moslems, nein, es gelang ihm auch nicht, die Stimmen der Hindus

zurückzugewinnen, die sich der 'Bharatiya Janata Partei'(BJP) zuwandten. Der Erfolg der BJP ist wohl die fragwürdigste Sensation der Parlamentswahlen.

In gewissem Maße ist die Niederlage Rajiv Gandhis und seiner 'Congress-I'-Partei auf eine durch alle Bevölkerungsschichten gehende Unzufriedenheit zurückzuführen, die landesweit zu einer Veränderung des Wahlverhaltens beitrug. Dies hatte ein von den meisten unerwartetes Wahlergebnis zu Folge. In den traditionellen 'Congress-I'-Hochburgen im Norden des Subkontinents mußte Rajiv Gandhi herbe Stimmenverluste hinnehmen, dagegen konnte seine Partei in den bislang von den Oppositionsparteien regierten südlichen Landesteilen deutliche Stimmengewinne verbuchen.

Vor dem Hintergrund des Machtzuwachses der hindu-fundamentalistischen BJP stellt sich gegenwärtig allerdings die Frage, ob der langsame Aufstieg des Sektierertums während der letzten Jahre mit diesem Wahlergebnis an einem Punkt angelangt ist, an dem diese politische Strömung zu eskalieren droht. Der Wahlkampf und die Wahlveranstaltungen der BJP wurden vorwiegend von säkularen Themen bestimmt. Man gab sich eher den Anstrich einer moderaten konservativen Partei. Doch die Parteibasis ist fest in der unteren Hindu-Mittelschicht verankert, die der 'Congress-I'-Partei vorwirft, in der Vergangenheit zu weitgehende Zugeständnisse gegenüber den Minderheiten gemacht zu haben. Der aggressiv geführte Streit um den Tempelbau in Ayodhya wurde, obwohl von einer militanten Interessengruppe geleitet, zu einem Thema, das die Hindus in ganz Indien näher zusammenrücken ließ. Der Anspruch der 'Congress-I'-Partei, der beste Garant für ein harmonisches Zusammenleben der verschiedenen Völker und Religionen auf indischem Boden zu sein, hat nicht nur angesichts der Unfähigkeit, auf diese Herausfor-

derung angemessen zu reagieren, gelitten. Der Grund für das Scheitern Rajiv Gandhis liegt vielleicht weniger in seiner Persönlichkeit als vielmehr in der gegenwärtigen politischen Kultur Indiens, bei der sich die Traditionen der Nehru-Dynastie mit einer abgebrühten Korruption in einer Partei verschmelzen. Gandhi hat eine populäre Rhetorik mit einer Politik verknüpft, die einzig der neuen städtischen Mittel- und Oberschicht dienlich war.

In den Hindu-Epen lehnt der Sieger bescheiden die Früchte seines Sieges ab, um so vor aller Öffentlichkeit zu zeigen, daß es ihm in seinem Kampf um die Sache, nicht aber um seine persönliche Bereicherung ging. Vishwanath Pratap Singh, 58, Maharaja von Manda, entspricht diesem Image. Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse dieses erbitterten und blutigen Wahlkampfes trat er vor die Kamera und verkündete: "Ich bin nicht an diesem Amt interessiert." Dabei stockte kaum einem der Atem, denn V.P. Singh hatte diesen Standpunkt schon in der Vergangenheit vertreten. Man könnte nun behaupten, dieser pompöse und publikumswirksame Verzicht auf das Amt des Regierungschefs passe in das Bild des 'Mr. Cleaner', wie er im Vergleich mit Rajiv Gandhi, der lange als 'Mr. Clean' galt, genannt wird. Doch dieser offizielle Verzicht ist ein Beispiel für das politische Fingerspitzengefühl und die ausgeklügelte Taktik dieses Mannes.

Denn nachdem die Stimmenauszählungen ergeben hatten, daß die 'Nationale Front' die Regierungsverantwortung würde übernehmen können, meldeten sich plötzlich aus deren Reihen zwei neue Bewerber für das Amt des Premierministers: Devi Lal, der stämmige Bauernführer und



Devi Lal

Ministerpräsident des Bundesstaates Haryana, und Chandra Sekhar, der frühere Vorsitzende der mittlerweile aufgelösten 'Janata Partei'. V.P. Singh vermutete wahrscheinlich, daß sein symbolischer Rückzieher auch die beiden Politiker dazu bewegen würde, ihre Kandidatur zurückzuziehen.

Während Anhänger von V.P. Singh vor den Türen des Parlaments warteten, spielte sich im Abgeordnetenhaus eine politische Akrobatik sondergleichen ab. Chandra Sekhar war offensichtlich auf das Manöver hereingefallen und glaubte, daß V.P. Singh tatsächlich aus dem Rennen um das Amt des Premierministers war. Stattdessen würde es Devi Lal übernehmen. Für wenige Minuten schien das auch der Fall zu sein. Als sich die neugewählten Parlamentsmitglieder im Sitzungssaal eingefunden hatten, bat der Parlamentspräsident, Madhu Dandavate, inmitten einer Menge von Journalisten und Parteianhängern, um eine unverzügliche Abstimmung. V.P. Singh schlug sofort Devi Lal als Kandidaten vor. Chandra Sekhar, der gerne selbst Premierminister geworden wäre, der aber auf der anderen Seite keinem das Amt weniger gönnte als V.P. Singh, unterstützte daraufhin die Kandidatur Lals. Lal wurde zum neuen Führer der 'Nationalen Front' und auch für wenige Minuten zum designierten Premierminister Indiens. Seine Antwort war Dank an seine Befürworter und Absage zugleich. Seinen Verzicht auf dieses hohe Amt begründete er damit, V.P. Singh sei der qualifiziertere Kandidat für das Amt des Regierungschefs. Nun war die Situation eingetreten, die eigentlich alle Beobachter, bis auf den völlig konsternierten Chandra Sekhar, erwartet hatten. Unter lautem Beifall wurde V.P. Singh zum Premierminister der indischen Union gewählt. Chandra Sekhar konnte der Wahl seines Erzrivalen nur mit versteinerner Miene folgen. "Ich möchte mich nicht gegen Lals Vorschlag stellen, doch ich habe meine Bedenken", stotterte er, als seine Träume zerbarsten.

Der neue Premier

V.P. Singh, der unter Rajiv Gandhi für zwei Jahre das Ressort Finanzen unter sich hatte, wird von vielen Industriellen als der fähigste Finanzminister Indiens seit der Unabhängigkeit gehalten.

Seiner Ansicht nach basiert die politische Führung darauf, im Dialog mit anderen politischen Kräften über die Bereitschaft zum Kompromiß zu einem gewissen Einverständnis, zu einem Konsens zu kommen. Die Fehler seiner Amtsvorgänger Rajiv und Indira Gandhi resultierten seiner Ansicht nach aus ihrer Isolation und mangelnden Dialogbereitschaft. "Ich möchte die Politik nach meinen eigenen Vorstellungen gestalten, sie soll problemorientiert sein und nicht parteiorientiert", sagte er einmal. Er wird all seine Überzeugungskraft und seine Fähigkeit zum Ausgleich benötigen, um zu verhindern, daß seine Regierung schon in den nächsten Monaten auseinanderfällt. Die 'Nationale Front' verfügt in dem aus 547 Abgeordneten bestehenden indischen Parlament nur über 144 Sitze, von denen bis auf drei Abgeordnete alle der 'Janata Dal' V.P. Singhs angehören.

Die erste große Herausforderung des neuen Regierungschefs wird die Bildung seines Kabinetts sein. Er wird einen starken und fachkundigen Finanzminister benötigen, der in der Lage ist, die Inflation zu bremsen, die V.P. Singh vor kurzem noch als eine "unverzügliche Aufgabe" seiner Regierung nannte, die es anzugehen gelte. Der neue Finanzminister muß zudem in der Lage sein, entschlossen gegenüber der Bauernlobby und anderen Interessengruppen aufzutreten, die mehr Zuschüsse für sich verlangen werden. Auch im Innenministerium wird eine starke Persönlichkeit gebraucht, die gegenüber den Ansprüchen der hinduistischen und moslemischen Fundamentalisten eine entschlossene und konsequente Haltung vertritt, um auf diesem Wege zu einer weiteren Eskalation der Gewalt zwischen den beiden Gruppen entgegenzutreten.

Daneben wird er politischen Spielraum für Kabinettsmitglieder benötigen, die nicht der 'Nationalen Front' angehören, um die Basis seiner Regierung auch vor den Augen der Öffentlichkeit auf ein breiteres Fundament zu stellen. Ein gewisses Risiko deutet sich für den Fall an, daß er sich den Kräften innerhalb der 'Janata Dal' beugt, die verlangen, die Kabinettsitze unter den verschiedenen Cliquen innerhalb der Partei aufzuteilen.

V.P. Singhs Äußerungen der letzten Wochen haben gezeigt, daß er sich der Probleme des Landes wie Inflation, wachsendes Außenhandelsdefizit und zunehmender Verschuldung bewußt ist. Finanzfachleute gehen davon aus, daß vor dem Hintergrund des rapiden Rückgangs der indischen Devisenreserven weitere Anleihen bei der Weltbank unverzichtbar seien. Auf der anderen Seite zeigt die Ankündigung des neuen Premiers, Bauern jährlich bis zu 10.000 Rupien an Krediten zur Verfügung zu stellen, wie stark der öffentliche Druck auf die Regierung bereits ist. Dies hatte er bereits im Wahlkampf versprochen.

Das neue Kabinett muß sich ebenfalls mit den religiösen Kontroversen in der Bevölkerung auseinandersetzen. Fundamentalistische Hindus haben angekündigt, bereits am 29. Januar 1990 einen weiteren Schritt zum Wiederaufbau des Tempels in Ayodhya zu unternehmen. Eine harte Gangart gegenüber den Fundamentalisten einzuschlagen hieße, die Unterstützung der BJP, die immerhin über 88 Sitze im Parlament verfügt, aufs Spiel zu setzen. Auf der anderen Seite würde eine nachgiebige Haltung - und das scheint nicht V.P. Singhs Absicht zu sein - der Regierung die Unterstützung der Moslems und der Linken entziehen.

Als V.P. Singh vor zwei Jahren dem 'Congress' den Rücken kehrte und in die Opposition ging - ein Schritt der ihn nun an die Regierung brachte -, faßte er die politischen Hintergründe der wachsenden kommunalistischen Spannungen in der indischen Gesellschaft wie folgt zusammen: "Zu Wahlzeiten denken die Parteien in erster Linie daran, aus welcher Klasse, Kaste oder Gemeinschaft ihre Kandidaten stammen und wo sie gewinnen werden. Wenn die Wege zur Macht allein auf dieser

OF COURSE WE READ THE MANIFESTO.
MARVELLOUS! IN FACT, WE HAVE BEEN
READING IT FOR YEARS!



aus: Times of India, 10.11.89

Grundhaltung basieren, wird damit der Nährboden für die Bildung von Schranken und Mauern in der Gesellschaft geschaffen, Barrieren, deren Wachstum schnell der Kontrolle der Verantwortlichen entgleitet."

Der Verlierer

Über den zurückgetretenen Rajiv Gandhi vertrat Pritish Nandy, Chefredakteur der 'Illustrated Weekly of India', noch kurz vor den Wahlen die These, daß ihn seine "schlichte Dummheit" sowie die 'Congress-I'-Partei die Regierungsverantwortung kosten werde. "Niemand möchte von verrückten Leuten regiert werden, wie wohlmeinend sie in ihrer Dummheit auch sein mögen." In vielen Kommentaren wurde auch der Vergleich zu seiner Mutter gezogen. Dazu schreibt Nandy: "Jeder wußte, daß die Regierung unter Indira Gandhi korrupt und verrückt war, manchmal sogar in Faschismus umzuschlagen drohte. Doch Indira Gandhi wurde respektiert, ob von der Wählerschaft oder von ihren Parteigenossen." Diese Meinung wird von vielen anderen Kommentatoren geteilt. Frau Gandhi sei eine skrupellose und oft zu kritisierende Politikerin gewesen. Sie habe jedoch ein Gespür dafür gehabt, was das Land lebensfähig halten kann. Sie hätte sich nie mit einem exklusiven Kreis von dummen und inkompetenten Opportunisten umgeben, wie ihr Sohn es tat. Und doch, so faßt Nandy zusammen, "ist es traurig, denn Rajiv war selbst zu seinen schlechtesten Zeiten weit weit besser als seine Mutter."

Vor allem die liberale Grundhaltung des Nehru Enkels wird in diesem Zusammenhang immer wieder in den Vordergrund gestellt. Als Gandhi mit der Verabschiedung des strengen 'Verleumdungs-Gesetzes' versuchte, die Presse mundtot zu machen, stand er laut Nandy im Grunde nicht hinter diesem Gesetzentwurf. Als dann, und damit ist ein viel wichtigerer Punkt angesprochen, Gerüchte kursierten, daß das Parlament erweitert oder sogar, um eine drohende Wahlschlappe zu verhindern, die Notstandsgesetze in Kraft gesetzt werden sollten, tat Rajiv das einzig richtige und kündigte unverzüglich Neuwahlen an.

Ashwin Raman